



Niederschrift über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (HFA/XV/021/2009)

Sitzungstermin: Mittwoch, den 18.11.2009
Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 17:29 Uhr
Ort, Raum: Rathaus-Neubau, Zimmer 413

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Hauke Sattler

stellv. Vorsitzende/r

Herr Paul Foest

Ausschussmitglieder

Frau Margrit Bächle-Fiks

Frau Sandra Bockhöfer

Herr Dr. Kai Dröge

Herr Walter Düngemann

Herr Olav Fricke

ab TOP 2

Herr Wilhelm Mohr

Herr Heinz Dieter Schmidt

Herr Remmer Schröder

stellv. Mitglieder

Herr Dieter Schmidt

für Herrn Michael Runden

Verwaltung

Herr Dr. Thomas Helmke

Erster Stadtrat

Herr Arnold Hinrichs

Herr Wolfgang Kellner Bürgermeister

Herr Hans-Hartmut Lüken

Herr Christoph Penning

Frau Martina Sanders

Herr Hartmut Schubert gleichzeitig Protokollführung

Herr Dietmar Stracke Stadtbaurat

Herr Erich Buß

Abwesend:

Ausschussmitglieder

Herr Michael Runden

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 22-10-2009 (XV/20)
- 3 Neufassung der Vergnügungssteuersatzung der Stadt Leer/Ostfriesland
Vorlage: 1.202/XV/0834/2009
- 4 Entscheidung über die Jahresrechnung 2007 gem. § 101 NGO
- incl. Baubetriebshof -
 - a) Beschluss über die Jahresrechnung
 - b) Entscheidung über die Entlastung des Bürgermeisters
(sh. Schreiben an alle Ratsmitglieder vom 12. Okt. 2009)
- 5 Haushalt 2010
- Investitionsliste (Vermögenshaushalt)
- Verwaltungshaushalt
(sh. Schreiben an alle Ratsmitglieder vom 12. Nov. 2009)
- 6 Informationen
- 7 Anfragen

Protokoll/Niederschrift:

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende eröffnete um 16.00 Uhr die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 22-10-2009 (XV/20)

Frau Bockhöfer wies darauf hin, dass es in der Niederschrift auf Seite 5 im 4. Absatz nicht Gesamtschule, sondern Ganztagschule heißen müsse.

Beschluss: (10 JA-Stimmen, 1 Enthaltung)

Die Niederschrift wird mit der eingebrachten Änderung genehmigt.

TOP 3 Neufassung der Vergnügungssteuersatzung der Stadt Leer/Ostfriesland Vorlage: 1.202/XV/0834/2009

Der Bürgermeister wies auf die Vorlage hin, die inhaltlich selbsterklärend sei. Beachten müsse man, dass diese Satzungsänderung von den Verbänden der Aufsteller durch entsprechende Klagen selbst herbeigeführt worden sei. Nunmehr müsse man abwarten, wie sich sowohl die Reaktion der Betroffenen zeigen werde als auch sich der Umfang der Vergnügungssteuereinnahmen verändern würde, da man trotz Nachfrage bei den Aufstellern keine Erfahrungswerte über Einspielergebnisse vorgelegt bekommen hätte. Auf alle Fälle bedeute diese Änderung eine wesentliche, unvermeidbare Mehrarbeit für die Verwaltung.

Herr Dr. Dröge bat um Information, ob der Personalmehraufwand derzeit schon messbar sei.

Herr Schubert erläuterte, dass es sich bei der Satzungsänderung in erster Linie um die Besteuerung von Geldspielgeräten mit Gewinnmöglichkeiten handele. Die anderen Besteuerungstatbestände seien nicht betroffen. Habe man bis dato beispielsweise eine Spielhalle mit 10 zu steuernden Automaten und diese Anzahl würde sich im Laufe des Jahres weder verringern noch zunehmen – ein reiner Austausch eines Gerätes gleicher Art wäre ohne Auswirkung – so würde sich der Jahresbescheid für diesen Aufstellern das ganze Jahr nicht mehr ändern. In

Zukunft aber müsse man bei gleicher Sachlage jedes einzelne Gerät jeden Monat abrechnen über die entsprechenden Kontrollsteifen, die eine Vielzahl zu prüfender Faktoren enthalten würden. Eine Vor-Ort-Überprüfung werde zudem häufiger stattfinden müssen.

Dieser Mehraufwand für die Verwaltung sei nicht unerheblich und kaum vergleichbar mit der bisherigen Bearbeitung der Besteuerungsgrundlagen. Die Erfahrung werde zeigen, welche Personalbelastung entstände.

Der Bürgermeister wies abschließend darauf hin, dass auch die Entwicklung der Gesamteinnahmen der Vergnügungssteuer des kommenden Jahres zu beobachten sei; evtl. müsse dann über eine Erhöhung der Steuersätze nachgedacht werden.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, ließ der Vorsitzende abstimmen.

Beschluss: (Einstimmig)

Dem Rat wird empfohlen, die Vergnügungssteuersatzung zu beschließen.

Anlage 1

**TOP 4 Entscheidung über die Jahresrechnung 2007 gem. § 101 NGO
- incl. Baubetriebshof -
a) Beschluss über die Jahresrechnung
b) Entscheidung über die Entlastung des Bürgermeisters
(sh. Schreiben an alle Ratsmitglieder vom 12. Okt. 2009)**

Herr Düngemann wies darauf hin, dass die CDU-Fraktion bereits am 26-11-2008 eine entsprechende Stellungnahme zur Jahresrechnung 2006 abgegeben habe. Leider habe sich auch in der hier vorliegenden Jahresrechnung kaum etwas geändert, so dass sich eine erneute Stellungnahme erübrige. Es sei müßig, hier alle Fragen des letzten Jahres zu wiederholen.

Seiner Ansicht nach leide es in der Verwaltung an der Ernsthaftigkeit der Abarbeitung der Bemerkungen im Prüfungsberichtes zu den Jahresrechnungen. Bezeichnend sei jetzt auch wieder der zu TZ 2 (Seite 8 des Berichtes) erfolgte Hinweis der Verwaltung, dass Sicherheit vor Schnelligkeit gehen müsse. Derartige Antworten seien viel zu lapidar und nichtssagend.

Hinweisen wolle er aber auf einige Bereiche doch noch; so auf den ungewöhnlichen Vorbehalt des Rechnungsprüfungsamt auf Seite 58 zum Beschluss des Rates zur Jahresrechnung, wenn die aufgelisteten Textziffern vorab erledigt sein würden.

Auf die Anfrage zu B 2 auf Seite 20 hinsichtlich der Überlastungsanzeigen führte der Bürgermeister aus dass durch organisatorische Maßnahmen (z.B. Personalverstärkung) vieles schon verbessert worden sei. Zum Fachbereich 2 werde der Stadtbaurat Stellung nehmen.

Der Bürgermeister unterstrich die Ernsthaftigkeit der Behandlung der vom Rechnungsprüfungsamt dargestellten Bemerkungen in den Prüfberichten in der Verwaltung. Dies könne das Rechnungsprüfungsamt auch bestätigen. Im Gegenteil, die Hinweise würden als dankbare Anmerkungen gesehen, Probleme beim Namen zu

nennen und zu deren Abhilfe beizutragen. Insgesamt sei dies auch zum größten Teil erfolgt. Die Anzahl der vielen Verwaltungsvorgänge in einer Verwaltung stünde in keinem Verhältnis zu den hier vorliegenden Bemerkungen; dies sei nur ein kleiner Prozentsatz aller Aufgaben und daher eine relativ akzeptable Fehlerquote; alle Fehler werde man nie vermeiden können.

Herr Düngemann wies weiterhin auf folgende Anmerkungen hin:

Seite TZ/B	Anfragen/Hinweise:	Protokollantwort:
S. 25/26 TZ 5 und 6	Beide Angelegenheiten würden seit ca. 11 Jahren bekannt sein. Hier zeige sich die Schnelligkeit der Verwaltung. Dies sei unbefriedigend.	<i>Der Bürgermeister bestätigte, dass dies in der Tat unbefriedigend sei, wies aber darauf hin, dass diese Vorfälle noch in die Zeit des vorher amtierenden Bürgermeisters fielen.</i>
S. 28 TZ 7	Herr Düngemann bat um Auskunft bezüglich des Verfahrens zur Sichtachse.	<i>Herr Stracke teilte mit, dass das Beweissicherungsverfahren noch laufen würde.</i>
S. 32 TZ 7 und TZ 8	Die Anmerkungen der Verwaltung seien viel zu lapidar.	<i>Herr Stracke wies auf die personelle Lage im Bauamt hin. Die Pflicht zur Zahlung der Erschließungsbeiträge sei eindeutig. Die Überwachung der Zahlung bzw. die Einleitung der grundbuchlichen Absicherung sei sichergestellt.</i>
S. 33 TZ 13	Herr Düngemann bat zu dieser Anmerkung um Stellungnahme.	<i>Herr Stracke zeigte die gerade für den Zeitraum 2004 bis 2008 besondere personelle Situation im Bauamt auf. Mehrere längere Ausfälle wegen Krankheiten der MitarbeiterInnen sowie durch die Versetzung eines Mitarbeiters hätten einen Arbeitsrückstau verursacht;; auch derzeit sei die Situation noch nicht ganz ausgestanden. Aber trotz der hinzukommenden grundsätzlichen Personalknappheit könne er feststellen, dass alle Angelegenheiten fristgerecht (keine Verjährungsfälle) erledigt werden könnten.</i>

Herr Foest wies auf die Ausführungen auf Seite 19 hin und bemerkte, dass beim LEEB seinerzeit gesagt worden sei, dass die Gesamtmaßnahme im Saldo zumindest mit einer Null abschließen sollte. Im Übrigen sei es allerdings gut, dass die bisherige Rechtsform des Baubetriebshofes mit Gründung der AÖR abgeschlossen sei. Die Inanspruchnahme und Zahlung der Leistungen des Baubetriebshofes ohne vernünftige Kalkulation von dort aus in den letzten Jahren sei unverständlich. Dies müsse man nochmals aufgreifen.

Sicherlich sei es in der Vergangenheit nicht richtig gewesen, so der Bürgermeister, der Bewirtschaftung des Baubetriebshofes keinem stärkeren Controlling unterworfen zu haben; dies werde sich aber durch die Integration in die Stadtwerke Leer, AÖR wesentlich verbessern. Diese Prozessoptimierung laufe aber noch und die Ergebnisse seien abzuwarten.

Über die Situation im LEEB sei und werde ausgiebig im Werksausschuss informiert.

Wenn nunmehr auch die letzten beiden Grundstücke aus dem Bestand des LEEB veräußert seien, könne man sehen, wie sich das Saldo auf die Stadt Leer auswirken werde.

Bei all diesen Maßnahmen dürfe man im Vergleich zur seinerzeitigen Planung aber nie außer Acht lassen, dass die zusätzlichen Bodenaustauschmaßnahmen, die einen erheblichen Kostenanteil ausgemacht haben, das Saldo des LEEB letztlich stark beeinflusst.

Herr Mohr könne die von Herrn Düngemann geäußerten Anmerkungen zu den sich immer wiederholenden Prüfungsbemerkungen nur bestätigen. Die Politik dürfe dies nicht kommentarlos so hinnehmen. Seiner Ansicht nach könnten Zwischenberichte hier Verbesserungen bringen, wie die Bemerkungen abgearbeitet worden seien. An dieser Stelle aber wolle er seinen ausdrücklichen Dank dem Rechnungsprüfungsamt aussprechen.

Der Ausschuss schloss sich dem Dank an das Rechnungsprüfungsamt an.

Dem Vorschlag von Herrn Mohr zu den Zwischenberichten könne Herr Kellner sich bedenkenlos anschließen. Damit werde auch die Arbeit der Verwaltung unterstützt.

Herr Lüken nahm auch im Namen seiner Mitarbeiter den Dank des Ausschusses an. Auch das Rechnungsprüfungsamt sehe sich nach Abschluss der Jahresrechnung an die Inhalte gebunden; die Arbeit sei seiner Ansicht nach als Führungsunterstützung zu sehen.

Herr Sattler wies auf die in den Schlussbemerkungen auf Seite 58 des Prüfberichtes angesprochenen Textziffern 3, 6 und 22 hin,

Für Herrn Lüken seien die Textziffern 3 und 6 nunmehr als erledigt zu betrachten. Dies gelte zwar nicht für die Textziffer 22, jedoch werde das Rechnungsprüfungsamt seinen Vorbehalt hiermit aufheben. Es sei verdeutlicht worden, dass hier nunmehr Lösungen herbeigeführt werden. Unabhängig davon werde man die Angelegenheit aber weiterhin beobachten.

Herr Penning wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass es wichtig sei, entstandene Kosten für die Berechnung der Kalkulationen frühzeitig zu ermitteln, da ansonsten Einnahmeverluste vorgezeichnet seien.

Herr Lüken unterstrich dies; hier seien Kosten entstanden, die nicht entsprechend über die Umlegung im Rahmen der Kalkulation für die Stadt refinanziert werden konnten.

Weitere Anmerkungen zur Jahresrechnung 2007 lagen nicht vor, so dass der Ausschussvorsitzende abstimmen lies.

Beschluss: (Einstimmig)

Dem Rat wird empfohlen, gemäß § 101 Abs. 1 NGO

a) die Jahresrechnung 2007 zu beschließen

... und ...

b) dem Bürgermeister die Entlastung zu erteilen.

TOP 5 Haushalt 2010
- Investitionsliste (Vermögenshaushalt)
- Verwaltungshaushalt
(sh. Schreiben an alle Ratsmitglieder vom 12. Nov. 2009)

Der Bürgermeister wies auf den vorliegenden Entwurf des Verwaltungshaushaltes 2010 hin und fügte hinzu, dass hier noch diverse Abstimmungen mit den Organisationseinheiten stattfinden müssten. Zudem lagen zum Zeitpunkt des Plandruckes sowohl für die Schlüsselzuweisungen als damit auch für die Kreisumlage die Berechnungswerte des Landesstatistikamtes noch nicht vor. Derzeit sei aber nach neuesten Proberechnungen mit einer Kreisumlage 2010 von 14 bis 15 Mio. € auszugehen. Daneben werde die Stadt erstmalig in 2010 in den Finanzausgleich einzahlen müssen. Dies sei bedingt durch Steuermindereinnahmen beim Land; dadurch werde die Stadt Leer mit seinem trotz Wirtschaftskrise recht stabilen Steueraufkommen belastet. Deutlich zeige sich dadurch eine für die Stadt Leer in 2010 eine Defizitsteigerung. Dies sei aber realistisch erst nach Einarbeitung neuester FAG-Zahlen deutlich darstellbar.

Auch in 2009 werde ein Defizit bleiben, wenngleich auch geringer als geplant.

Im Gewerbesteueraufkommen liege die Stadt derzeit im Planungsbereich, so dass hier keine Einbrüche zu erwarten seien. Dies sei auch bedingt durch die Verschiedenartigkeit der in Leer tätigen Branchen bedingt.

Im Gegensatz zu anderen Kommunen habe die Stadt Leer noch die Kosten für einen Hafen zu tragen, die sich von geplanten 500 T€ auf 750 T€ erhöhen würden.

Der Vermögenshaushalt sei ja bereits der Politik in Form einer Gesamtwunschliste aus der Verwaltung vorgelegt worden. Vorschläge seitens der Politik lägen aber bisher dem Fachdienst Finanzen und Beteiligungen nicht vor.

Herr Schmidt machte deutlich, dass die Verabschiedung des Haushaltes 2010 in 2009 nicht mehr zu schaffen sein werde. Die SPD-Fraktion werde im Dezember in Klausurtagung gehen und die vorgelegten Zahlenwerke diskutieren. Ein paar Bereiche wolle er aber schon jetzt hier ansprechen:

Er begrüßte den Vorschlag zur Budgetierung der Feuerwehr im Vermögenshaushalt. Zum Zuschuss von derzeit 84 T€ für die Werbegemeinschaft äußerte der Bürgermeister, dass dieser Ansatz noch einer Überarbeitung bedürfe.

Protokollantwort:

50.000 € HHSt. 7913.71712 Zuschuss Werbegemeinschaft
15.000 € HHSt 7913.71812 Zuwendung Werbegemeinschaft („Parkgroschen“)
65.000 €

19.000 € HHSt 7913.71711 Zuschuss Werbegemeinschaft „Sonderfonds“

Die Haushaltsstellenbezeichnung wird noch geändert, da aus dieser HHSt. die Werbegemeinschaft ab 2010 keine Zuwendung mehr erhält, sondern nach der Planung folgende Zuwendungen vorgesehen sind (19.000 minus 20 % Sperre = 15.200 €):

500,-- € Beachvolleyball
250,-- € Hafentriathlon
2.500,-- € Leer maritim – Deutscher Motoryachtverband
1.000,-- € Ruderregatta
1.000,-- € Fest der Kulturen
3.500,-- € Weihnachtsmarkt (Waage)
6.450,-- € Reserve weitere Innenstadtveranstaltungen
15.200,-- €

Hinsichtlich des Wunsches, auch den Philippsburger Park in das Dorferneuerungsprogramm aufzunehmen teilte Herr Kellner mit, dass daran derzeit gearbeitet werde.

Herr Schmidt wies auf den großen Sprung der Kosten bei den Bebauungsplänen hin (S. 135).

Anstelle von Haushaltssperren in den Bereichen, wo im Vorfeld schon eine Ausgabenminderung absehbar sei, solle bereits der Ansatz gekürzt werden. Er gehe zudem davon aus, dass auch der Haushaltsplan 2010 mit einer Haushaltssperre versehen werde. Zu seiner Anmerkung (S. 170) im Bereich ÖPNV wies der Bürgermeister darauf hin, dass dieser Ansatz gestrichen werde.

Für Herrn Sattler sei die Kürzung der Ansätze bereits bei der Planung hinderlich für die Zuschussempfänger. Man sollte hier spezielle Beschlüsse fassen.

Herr Düngemann könnte sich bei den Zuschüssen auch eine generelle Kürzung um 20 % vorstellen.

Dies sei nach Ansicht von Herrn Kellner immer dort schwierig; wo politische Beschlüsse den Entscheidungen zugrunde liegen würden. Außerdem müsse man als Stadt bei jeder Zuschussgewährung auch an seine eigene Haushaltslage denken.

Herr Dr. Helmke ergänzte, angesichts des defizitären Haushaltes müsste man überlegen, von einer 100 %-igen Bezuschussung zukünftig abzusehen, da es nicht mehr vertretbar sei.

Für Frau Bockhöfer seien die EDV-Kosten wieder einmal in einigen Bereichen erheblich gestiegen. Sie führte aus dem vorliegenden Entwurf einige herausragende Bei-

spiele auf. Ihres Wissens nach seien in umliegenden Städten diese Kosten nicht so hoch.

Der Bürgermeister wies darauf hin, dass die EDV-Kosten über eine Umlage anhand von Bildschirmarbeitsplätzen (ca. 260 derzeit) aufgeteilt werde. Dies sei sicherlich nur ein grober Maßstab und konkretere Zahlen wünschenswerter, doch bedeute dies auch einen erheblichen Verwaltungsaufwand, was betriebswirtschaftlich gesehen weitere Kosten bedingen würde.

Vergleiche man aber den Standard der Stadt Leer – und hier nicht nur die EDV, sondern auch die normale Büroausstattung – sei dies nicht vergleichbar mit den Verhältnissen des Nachbarlandes Niederlande. Dagegen zeige sich die Stadt Leer sehr bescheiden.

Nie vergessen dürfe man, dass die EDV zwar ein großer, aber an Bedeutung zunehmender Bestandteil der Leistungen einer modernen Stadt entwickle. Standards werden hier auch nicht nur durch interne Entscheidungen gesetzt, sondern auch durch Vorgaben wie z.B. der EU-DLR. Dadurch entstünden auch Kostensteigerungen im EDV-Bereich, ohne dass die Stadt darauf Einfluss nehmen könne. Gerade bei diesem Beispiel müsse nunmehr eine Datenmanagementlösung (DMS) angeschafft werden, da barrierefreie Datenzugänge europaweit gefordert werden. Und nicht zuletzt ist mit einer immer offeneren bürgernahen Internetdarstellung die Frage der zunehmenden Sicherheitsrisiken zu klären und zu lösen. Dies alles koste viel Geld. Trotzdem habe die Verwaltungsleitung darauf ständig sein Augenmerk gerichtet, um Ausbrüchen entgegen zu wirken.

Innerhalb der Verwaltung seien je nach Aufgabengebiet die einzelnen Organisationseinheiten unterschiedlich teuer – also nicht selektiv vergleichbar.

Herr Dr. Dröge zeigte auf, dass nach seiner Berechnung die EDV-Kosten pro PC-Arbeitsplatz von rd. 3 T€ eigentlich zu hoch seien.

Dies könne man nach Ansicht von Herrn Kellner so nicht umrechnen. Fachleute würden vor Ort dringend gebraucht; sie sind der Garant für eine zügige Arbeitsablaufsicherung, wenn Fehler oder Probleme auftauchen würden. Dadurch würden auch Ausfallzeiten in der Sachbearbeitung vermieden.

Für so große Bereiche wie das Finanzwesen und die Meldedaten müsse nun mal viel vorgehalten werden; sie seien die Elementarsoftware für eine Kommunalverwaltung.

Herr Sattler wies darauf hin, dass die EDV-Kosten über eine Umlage auf die einzelnen Bereiche umgelegt werden würden.

Für Frau Bockhöfer müssten hier auch kleinere Kostensteigerungen kritisch beäugt werden wie z.B. die Steigerung der Kosten im Jugendzentrum um 700,-- € im Jahr 2010.

Herr Kellner verdeutlichte nochmals, dass die Verwaltung stets bestrebt sei, die Kosten so gering wie möglich zu halten. So habe man beispielsweise durch die Ausschreibung der Telefonkosten ein sehr günstiges Angebot erwirken können.

Herr Foest dankte der Verwaltung dafür, dass der Politik ein ehrlicher und ungeschöner Entwurfshaushalt vorgelegt worden sei. Er hoffe, dass auch erneut in 2010 eine Haushaltssperre ausgesprochen werde, denn diese Art sparsamer Bewirtschaftung habe das Defizit offensichtlich auf 6,1 Mio. € schrumpfen lassen.

In 2010 werde sich das Defizit seiner Berechnung nach auf ca. 15 Mio. € erhöhen. Dadurch schränke sich die Diskussionsmöglichkeit über den Haushalt wesentlich ein. Somit dürfe schon im Vorfeld nicht mit Ausnahmen gearbeitet werden, sondern konsequente Sparpolitik sei jetzt gefragt.

Die Einzelpositionen würden ja, wie berichtet, noch von der Verwaltung überprüft werden. Letztlich zeige sich trotz der negativen Entwicklung, dass die Stadt Leer sich in der Wirtschaftskrise relativ gut hat behaupten können.

Die Auswirkungen durch das Konjunkturpaket II müssten beobachtet werden.

Man dürfe die Wachstumsaussichten nicht überbewerten; die toxischen Papiere der Banken seien durch diese noch gar nicht richtig dargestellt worden.

Sicherlich werde es manchmal der Politik als auch der Verwaltung schwer fallen, wenn es um neue Maßnahmen zur Realisierung gehe, aber für ihn müssten jetzt viele Forderungen sehr restriktiv behandelt werden.

Bei all diesen Zahlen dürfe man die Belastung der Stadt durch die Stadtwerke nicht außer Acht lassen; dieses hätten die anderen Kommunen nicht. Auch die Kosten der Kita von jährlich rd. 3 Mio. € würden den Haushalt belasten.

Die Stadt könne nur hoffen, dass der Landkreis Leer seine Kreisumlage nicht erhöhen werde.

Herr Mohr wies darauf hin, dass erstmals ein Unterabschnitt NKR im Haushaltsplan auftauchen würde. Darin seien 250.000 € für Fremdleistungen eingeplant.

Der Bürgermeister erläuterte, dass sich die Ansätze für das NKR schon länger im Haushalt befinden würden, allerdings erstmals in einem eigenen Unterabschnitt dargestellt worden seien. Die Umstellung auf die Doppik sei ein gehöriger Kraftakt sowohl finanziell als auch personell für die Stadt, aber halt eine Pflichtaufgabe. Die Fremdleistungen seien insbesondere für die Bewertung erforderlich, aber auch für die Begleitung der komplizierten Umstellung der alten Kameralistik auf die neue Doppik.

Für Herrn Foest sei die Steigerung der Vorhaltekosten für den Hafen von 500 auf 750 T€ nicht nachvollziehbar; zudem seien die persönliche Ausgaben auf rd. 142 T€. Der Bürgermeister erläuterte, dass dieser Ansatz überprüft werde.

Protokollantwort:

Veranschlagt worden sind hier anteilige Personalkosten von MitarbeiterInnen hauptsächlich aus dem FD 1.10 (Personal), die von der Stadtwerke Leer, AöR erstattet werden (sh. dazu z.B. HHSt. 0220.16200 Erst. v. Verwaltungsausgaben 112.800 €)

Herr Sattler bat die Verwaltung darum, die Investitionsliste dergestalt abzuändern, dass hier nur die Mittel eingebracht würden, die auch 100 %-ig veranschlagt werden würden. Über den Rest könne man danach noch diskutieren.

Dem Vorschlag stimmte der Bürgermeister zu.

Für Herrn Foest sei eine Deckelung der Feuerwehrkosten mittels eines Vorschlages der Verwaltung wichtig. Für ihn sei hier ein Betrag zwischen 250 bis 300 T€ angebracht. Das Stadtkommando sei dann als Fachkraft gefordert, die Mittel entsprechend seiner Kenntnisse an die Ortswehren zu verteilen. Dies verstärke den Willen nach Sparsamkeit bei gleichzeitig fachgerechter Verteilung der Mittel. So könnten auch leichter Rücklagen für einen Feuerwehrneu- oder -umbau erwirtschaftet werden.

Bei den Schulen sei dies ähnlich zu handhaben. Hier zeigten sich im Laufe der Jahre große Schwankungen im Mittelbedarf; Konstanz sei nicht erkennbar in der Unterhaltung, was eigentlich unverständlich sei. Früher seien hier jahrelang Ansätze um die 120 T€ veranschlagt worden; danach auf einmal 480 T€ und später gar kein. Er könne sich einen jährlichen Betrag von 400 – 450 T€ vorstellen unter der Federführung des Bauamtes, welches nach einem Bedarfsplan die Verteilung vorzunehmen habe. Dies sei im Sinne einer sparsamen Mittelbewirtschaftung wichtig und werde durch die fachliche Begleitung des Bauamtes zielgerecht unter Berücksichtigung von Prioritäten verwendet.

Die Budgetierung der Schulen sei für Herrn Kellner ein langer Wunsch und auch bereits vor Jahren versucht worden, allerdings fände dies bei den Schulen keine Zustimmung. Es gab hier zu viele Bedenkensträger.

Auch bei der Feuerwehr halte er den Vorschlag von Herrn Foest für sinnvoll; eine Summe von 250 T€ sei ausreichend.

Beides seien Vorschläge, die auch seitens der Verwaltung schon vorgetragen worden seien.

Herr Lüken unterstütze die Vorschläge zur Budgetierung, dies sei immer im Sinne des Rechnungsprüfungsamt gewesen. Notwendige Änderungen in der DuGA könnten dem nicht entgegenstehen.

TOP 6 Informationen

Der Bürgermeister informierte über den Stand der Umsetzung des Konjunkturpaketes II bei der Stadt Leer. Hier sei schon einiges erfolgreich verwirklicht worden. Die sich zwischenzeitlich ergebenden Änderungen werden in einem II. Nachtrag zur nächsten Sitzung vorgelegt.

Herr Sattler bat um Information zu den geplanten noch nicht angefangenen Maßnahmen.

Diese, so der Bürgermeister, würden ebenfalls kurzfristig begonnen werden. In einigen Fällen müsse man allerdings auf die Hilfe von Architekten zurückgreifen, da dies vom FD 2.65 alleine nicht mehr leistbar sei.

TOP 7 Anfragen

Frau Bächle-Fiks wies auf die Schäden an der Holzverkleidung des Wintergartens im Kulturspeicher hin und bat, sich dieses Schadens anzunehmen. Außerdem bat sie um einen Erfahrungsaustausch mit anderen Kommunen über eine weniger papieraufwendige Ratsarbeit, wie sie beispielsweise kürzlich beim Landkreis Leer eingeführt worden sei. Eine Laptoplösung könne sich auch hier anbieten.

Für die Schäden an der Holzverkleidung beim Kulturspeicher sagte Herr Kellner eine Überprüfung zu.

Die Arbeit am Laptop für die Ratstätigkeit sei von der Verwaltung ähnlich wie beim Landkreis Leer bereits einmal an den Rat herangetragen worden, allerdings ohne Resonanz. Zu bedenken sei aber, dass für die Ratsmitglieder, die häufig am PC arbeiten, sicherlich der Umstellungsprozess leichter sein werde als für diejenigen, die dieses Medium seltener bedienen müssten. Man werde aber die Angelegenheit im Auge behalten und zu gegebener Zeit darauf zurückkommen.

Da keine weiteren Anfragen vorlagen, schloss der Vorsitzende den öffentlichen Teil der Sitzung um 17.28 Uhr und eröffnete im Anschluss daran den nichtöffentlichen Teil.

gez. Hauke Sattler
Schubert

gez. Wolfgang Kellner

gez. Hartmut

Vorsitzende/r

Bürgermeister

Protokollführer/in

F.d.R.:

Protokollführer/in